

OTS0086, 8. Nov. 2016, 11:00



NEOS: Ende der Diskriminierung - Die Innovationskraft freier Schulen muss endlich genutzt werden

Matthias Strolz: „Eine Gleichstellung der freien Schulen mit konfessionellen Privatschulen ließe sich aus den Mitteln der Bankenabgabe leicht finanzieren“

Wien (OTS) - Die heutige Ankündigung der freien Schulen, einen Individualantrag beim VfGH gegen die systematische Ungleichbehandlung vonseiten der öffentlichen Hand einzubringen, stößt bei NEOS-Klubobmann und Bildungssprecher [Matthias Strolz](#) auf volle Zustimmung: „Wir NEOS fordern bereits seit langem die finanzielle Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft. Es ist völlig unverständlich, weshalb sie diskriminiert werden und deren Situation sogar regelmäßig verschlechtert wird. Mittlerweile sind immer mehr dieser Schulen existenziell bedroht - vor kurzem ist auch die Waldorfschule Wien-West insolvent gegangen. Die Betroffenen stehen mit dem Rücken zur Wand. Es ist daher nachvollziehbar und verständlich, dass nun rechtliche Schritte eingeleitet werden.“

Während die öffentliche Hand bei konfessionellen Privatschulen rund 80 Prozent der Kosten übernimmt, liegt dieser Anteil für nicht-konfessionelle Schulen bei nur rund 10 Prozent. „Diese Situation ist ein Schlag ins Gesicht für alle Betroffenen. Dabei haben die freien Schulen oftmals besonders innovative Schulleitungen, besonders beherzte Pädagoginnen und Pädagogen und überaus engagierte Eltern. Dass diese von der Republik bewusst und regelmäßig finanziell abgestraft werden, ist unhaltbar. Das ist eine organisierte Vernichtung von Engagement - so werden umfassend und mit großer Treffsicherheit Innovationen im Bildungsbereich zerstört“, ärgert sich Strolz.

Der NEOS-Bildungssprecher fordert daher, dass die öffentliche Hand hier umgehend Chancengerechtigkeit herstellen und damit die kreativen Kräfte im Schulsystem - und somit auch die Vielfalt des Schulangebots – stärken muss: „Um die Innovationskraft freier Schulen optimal zu nutzen und für Schüler und Eltern die freie Schulwahl zu stärken, müssen in einem ersten Schritt die nicht-konfessionellen Privatschulen mit den konfessionellen Privatschulen gleichgestellt werden.“ Diese Gleichstellung durch die Übernahme der Kosten für das Lehrpersonal würde laut Bundesministerin rund 37 Millionen Euro kosten und wäre damit leicht mir den 750 Millionen Euro aus der Bankenabgabe abzudecken. „Das wäre für den geplanten Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen locker verkraftbar. Allerdings fehlen hier der Wille und der Mut. Ich hoffe daher sehr, dass das Gerichtsurteil im Sinne der freien Schulen ausfällt und die Regierung so endlich zum Handeln gezwungen wird“, erklärt Strolz abschließend.

Rückfragen & Kontakt:

Parlamentsklub der NEOS
01 40110-9093
presse@neos.eu
<http://neos.eu>

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS | NEK0001

Parlamentsklub der NEOS

ADRESSE

RÜCKFRAGEN & KONTAKT

Parlamentsklub der NEOS
01 40110-9093
presse@neos.eu
<http://neos.eu>

MEHR ZU DIESER AUSSENDUNG

Stichworte:
[Bildung](#), [Schule](#), [VfGH](#), [NEOS](#), [Strolz](#)

Channel:
[Politik](#)

Geobezug:
[Wien](#)